

Strategische Lageberurteilung

Autor(en): **Allemann, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 2

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69162>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Strategische Lagebeurteilung

Europäische und amerikanische Sichtweise

Am 21./22. November 2003 fand der 10. Internationale Sicherheitspolitische Kongress des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und der deutschen Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW) mit über 200 Teilnehmern in Karlsruhe statt. Traditionell sind dazu auch internationale Gäste aus NATO- und PfP-Ländern eingeladen. Das Tagungsthema «Auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung? – Der Irak-Krieg und seine Folgen» war sehr gut gewählt anhand der politischen und militärischen Lage im Irak und der andauernden Anschläge des internationalen Terrorismus.

Peter Allemann

Diese Bedrohungslage wurde als Ausgangspunkt für die nachfolgenden Referate und Diskussionen gut und konzis vom GfW-Landesvorsitzenden Baden-Württemberg, Oberst der Reserve Niko Schmeja, zusammengefasst: Das staatliche Gewaltmonopol ist in den diversen Konflikten seit dem Ende des Kalten Krieges teilweise privatisiert worden, vor allem in Form des internationalen Terrorismus. Ein wichtiges Motiv dafür ist gemäss Schmeja, dass die Globalisierung als westliches Phänomen nicht überall nur als Chance wahrgenommen wird, sondern auch als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität. Weiter spielen so genannte «failed states» und die stark gestiegene Verbreitung von Trägersystemen für Massenvernichtungswaffen eine wichtige Rolle.

Kein Opting-Out für Europa ...

In einem engagierten Referat bestätigte Walter Kolbow, seit 1998 Parlamentarischer Staatssekretär beim Deutschen Bundesminister der Verteidigung, Schmejas Analyse. Wichtig ist für Kolbow als Grundlage für eine wirksame deutsche Antwort gegen diese Bedrohungen der Paradigmenwechsel bei den deutschen Linken nach dem 11. September 2001, der militärische Gewalt unter bestimmten Umständen als notwendige Option nicht nur im Verteidigungsfall zulässt. Dies bedeutet zum Beispiel konkret, dass Hilfsorganisationen vor Ort den Support von Soldaten brauchen, wie dies das deutsche Engagement im Rahmen der ISAF im afghanischen Kunduz zeigt. Die deutsche Bundesregierung hat dafür mit der neuen verteidigungspolitischen Richtlinie letztes Jahr schon eine klare Grundlage geschaffen. Diese beruht auf den folgenden vier Pfeilern: 1. geografische Ausweitung der eigenen Sicherheitsinteressen, 2. umfassende Begriffsdefinition aller zivilen und militärischen Mittel und deren Einsatzspektrum, 3. internationale Einsätze nur mit multilateraler Einbin-

dung, 4. Bekräftigung der transatlantischen Partnerschaft.

Dass die Umsetzung einer solchen Strategie in der Realität nicht immer einfach ist, zeigte Generalmajor Wolf-Dieter Löser, seit kurzem Stv. Kommandeur des Eurokorps, auf. Die Abläufe zur Vorbereitung so genannter PSO-Operationen sind nämlich gemäss Löser beim Eurokorps noch komplizierter als bei der NATO und mit viel Bürokratie, Sprachproblemen und Konflikten über die Rules of Engagement verbunden, wobei Löser dies als «Preis der Multinationalität» akzeptiert. Zentral ist die Frage, auf wie viel Souveränität die einzelnen Nationen verzichten wollen, um schlagkräftige gemeinsame Verteidigungskräfte aufzubauen. Das aktuelle Beispiel eines gemeinsamen Europäischen Luftfahrtkommandos sowie die leidige Beschaffung des Airbus A 400 M zeigen dies exemplarisch auf.

... sondern ein intensiver Dialog mit den USA ist notwendig

Die erwähnten Abstimmungsprobleme beim Einsatz militärischer Mittel sind für die USA weniger relevant, weil sie bei Bedarf autonom handeln können. Dass dies aber gemäss der aktuellen National Security Strategy (NSS) gar nicht der Fall sein sollte, legte Dr. Karl-Heinz Kamp, der sicherheitspolitische Koordinator der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, überzeugend dar. Die USA sind in der Debatte über die veränderten Bedrohungen nicht seit Beginn der Administration Bush, sondern bereits seit den verheerenden Anschlägen auf die amerikanischen Botschaften in Dar El Salam und Nairobi durch Al Kaida im Jahre 1998 weiter fortgeschritten als Europa. Die Clinton-Administration war dabei beeinflusst vom positiven Eingreifen der NATO im Kosovo, obwohl die Operation Allied Force gegen Serbien geltendes Völkerrecht brach. Die Bush-Administration machte negative und positive Erfahrungen, negative mit dem 11. September 2001, positive trotz allen ungelösten

Fragen mit dem breit abgestützten Eingreifen in Afghanistan gegen das Taliban-Regime und Al Kaida.

Diese Aktionen und der Irak-Feldzug haben die Debatte um ein präventives bzw. präemptives militärisches Eingreifen sowie dessen Auswirkungen auf das geltende Völkerrecht angeheizt. Wenn man gemäss Kamp die aktuelle NSS der USA analysiert, erlaubt diese aber nicht ein unmotiviertes militärisches Losschlagen gegen jegliche Bedrohung, sondern setzt klare Vorgaben und internationale Abstimmung voraus für Aktionen wie zum Beispiel in Afghanistan. Vor allem ein präemptives, also sehr kurzfristiges vorbeugendes militärisches Eingreifen kann nur bei einer unmittelbaren Gefahr für die USA selber angewendet werden. Problematisch gemäss Kamp ist, dass sich die USA bei der Planung und Umsetzung ihres Irak-Feldzuges nicht an ihre eigene Strategie gehalten haben.

In der Praxis ergeben sich laut Kamp also viele Schwierigkeiten bei der Umsetzung der NSS: Wie definiert sich eine Gefahr als mittel- oder unmittelbar? Was ist völkerrechtlich legal und auch legitim, selbst wenn den meisten Akteuren klar ist, dass das aktuelle Völkerrecht den neuen Bedrohungen nicht gerecht wird? Was bedeutet es, Präzedenzfälle zu schaffen wie der letzte Irak-Krieg? In allen diesen Fragen haben die USA, weil militärisch global handlungsfähig, eine andere Perzeption als der Grossteil Westeuropas, nämlich zu handeln, bevor es zu spät sein könnte. Europa hat laut Kamp dagegen ein Defizit an intensiven Diskussionen über die neuen Bedrohungen. Man glaube im Geheimen an eine «Opting Out»-Möglichkeit.

Auch viele Leute in der Schweiz glauben daran. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit allen involvierten Foren wie UNO, EU, NATO, OSZE ist aber unabdingbar. Dies zeigten die bilateralen Gespräche der Autoren mit den diversen internationalen Gästen. Es besteht klar das Empfinden, dass hier alle im gleichen Boot sitzen, egal ob man Mitglied eines der genannten Foren ist oder nur interessierter Beobachter. ■



Peter Allemann,
lic. phil. I,
Direktionsmitglied CS,
Hptm/Stab Info Rgt 1
und ehem. UNO-Militärbeobachter, Mitglied
Arb gr Sicherheitspolitik der FDP Schweiz,
8127 Forch.